

Thomas Meyer

Die Ästhetisierung des Politischen

Die auf den schönen Schein beschränkte Darstellungsfixierung bringt eine allmähliche Entwertung der politischen Debattenkultur mit sich. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen die omnipräsenten Talkshows, die an die Stelle politischer Öffentlichkeit treten. Hier und auf den anderen Bühnen der Politik, die die Aufmerksamkeit zulasten der Parlamente auf sich ziehen, wird nicht nur die Kommunikation über das Politische in Szene gesetzt, sondern das Politische selbst durch entpolitizierende Darstellungsformen verdeckt.

Eine Art »höfische Öffentlichkeit«

Die Ästhetisierung des Politischen, seine Durchdringung, mitunter Verdrängung durch wohlinszenierte Darstellungspolitik auf beiden Seiten, der Medien und der Politik, ist weit vorangeschritten und, sozusagen, mit einem postmodernen Achselzucken resigniert, amüsiert oder kalkuliert als Thema weggeheftet worden; Wiedervorlage nicht vorgesehen. Natürlich geht es hier nicht um gute Rhetorik, die Seele des Politischen, und auch nicht um verbindende Rituale und präsentable Staatsakteure und -aktionen, sondern um die Entwertung der politischen Debattenkultur durch eine auf den schönen Schein beschränkte Darstellungsfixierung, die sich allmählich bei uns, ausgehend von der Übermacht der Bildmedien, eingemischt hat. Die Talkshow ist zum Schaufenster dieses Gewerbes geworden. In ihr wird ja zumeist, wie der Name wahrheitsgemäß bekundet, das politische Gespräch gerade nicht geführt, sondern nur dargestellt, simuliert. Ihr entspricht die Flut der inszenierten Bilder, Rituale, Posen und Szenarien, die das politische System ununterbrochen ausstößt, von Profis aufwendig ins Werk gesetzt und von den Medien heiß begehrt. Sie alle zielen für die, denen es jeweils nutzt, auf einen schönen Schein des Politischen, der die Sinne bestrickt, aber weder nachdenklich macht noch zum Widerspruch einlädt und auch nicht die großen Verständigungsprozesse in Gang hält, die die Republik heute so dringend braucht.



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

Dafür steht ein reichhaltiges Repertoire an Mitteln zur Verfügung, von den fast unbegrenzten Spielarten placeboartiger Symbolpolitik und Imagekonstruktion bis zum inhaltsleeren Event-Management, z.B. mit an- und abrauschenden Staatslimousinen und aufgeblasenen Abschlusskommunikées ohne Substanz – und so vieles mehr. Man hat sich daran gewöhnt. Die besondere Kunst dieses Spiels bewanderter Darsteller – soweit wir nicht Naturtalente bewundern dürfen – besteht darin, die Inszenierung gut zu verbergen, das in Szene Gesetzte als unvermittelte Realität erscheinen zu lassen. Die Bilder helfen dabei. Der argumentative Diskurs macht sich dabei wie von selbst überflüssig, man beobachtet eine Aufführung, statt an einem Gespräch über Zwecke und Mittel öffentlichen Handelns teilzunehmen. Wie bei der Talkshow arbeiten alle am schönen Schein der unterhaltsamen Selbstdarstellung, fast immer befördert durch die medialen Gastgeber, die davon leben, dass die Show gelingt und die Gäste wiederkommen.

Dieses Spiel ist aber weder ein Bild des politischen Geschehens, noch ein Schlüs-

sel zu seinem Verständnis. Es tritt vielmehr als eine ganz anders gartete ästhetische Realität an dessen Stelle, mit dem Anspruch, es doch auf seine Weise darzustellen. Aber die Interessen und Prozesse, Vermittlungen, Konflikte und Kompromisse, Lobbyeinflüsse, Systemzwänge und Abhängigkeiten, Gruppenprozesse und Kalküle, die das Politische in Wirklichkeit ausmachen, kommen darin nicht vor, selbst kaum als Verweise. Die Vorstellung zeigt in der Art Shakespeare'scher Historiendramen, freilich ohne Dolch und Gift, mit »Worten, nichts als Worten« und schönen Bildern zumeist nicht ganz so ernst gemeinte Duelle zwischen Charakteren und gilt schon deshalb als politisch, weil seine Darsteller und Themen aus diesem Metier kommen. Die (oft ungewollte) Irreführung, die dabei entsteht, ist gründlich analysiert worden, als das Ganze hierzulande noch neu und, wie manche meinten, im Kern beeinflussbar schien. Ein schönes, längst vergessenes Beispiel dafür ist der »Bericht zur Lage des Fernsehens« für den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1995, der sich für derlei noch besorgt interessierte. Die Pointe dieser Diagnose von Medienakteuren und Medienexperten sah die Bundesrepublik unter dem Einfluss des Fernsehens und seiner Ausstrahlung auf die gesamte politische Kommunikation auf dem Weg zurück zu einer »höfischen Öffentlichkeit«.

»In der Konkurrenz um die Öffentlichkeit haben Politiker Professionalität in der Platzierung und Inszenierung von Ereignissen wie auch in der Sachinformation entwickelt. Im Verlauf dieser Metamorphose wandelt sich sachbezogene, auf verbindliche Entscheidungen bezogene Politik zunehmend in symbolische Politik. (...) Diese vom Fernsehen provozierte Politik entspricht einer Rückkehr zur höfischen Öffentlichkeit.«

Hat mittlerweile der tiefe Fall des Exzess-Inszenierers zu Guttenberg nach wenigen, wenn auch auf Beifallswogen ge-

tragenen politischen Bühnenjahren, einen Wendepunkt dieser Entwicklung eingeleitet? Hat er uns ernüchtert, zurück zu den Argumenten, zur kommunikativ scheinbar so unterbelichteten Angela Merkel als Anti-Guttenberg? Davon kann allerdings keine Rede sein. Guttenberg ist ja nicht an seinen medialen Luftnummern gescheitert, weil er durchschaut war, sondern an dem einzigartigen Zusammentreffen von Internetmobilisierung gegen unleugbare Vergehen, Absetzbewegungen in den eigenen Reihen, Empörung fast in einer ganzen akademischen Nachwuchsgeneration und Ekel in der konservativen Presse. Erst das hat die Kanzlerin gezwungen, ihn preiszugeben, um nicht selber ins Straucheln zu geraten. Der »Sargnagel der Demokratie« (Norbert Lammert), auch das hat sich gezeigt, ist nicht der Täuschungswille einer Person, sondern das Schauspiel, in dem ein synthetisches Medien-Charisma, sobald es einen bestimmten Glanz gewonnen hat, die profanen Regeln von Demokratie und Anstand unter dem Jubel des Publikums kurzerhand beiseite drängt. Und Merkel ist auch nicht die Inkarnation der Sachbezogenheit, wie ihr öffentliches Bild suggerieren soll, nicht die umsichtig gutmütige »Hausmutter« ohne kalkulierende Wirkungsabsicht. Auch sie und ihre Berater lassen kaum ein Bild von ihr – und möglichst auch keine Szene – ohne penible Wirkungsprüfung vorab oder danach passieren, soweit ihr Zugriff reicht. Das Stück hat gewechselt, das Spiel geht weiter.

Das Zusammenwirken begnadeter Meister- und ihrer medialen Ko-Inszenierer wird erst durch die Übermacht der kalkulierten Bildlichkeit über die sachliche Kommunikation und das Verschwinden der Wirklichkeit des Politischen hinter dem Schleier seiner ästhetischen Ersatzprodukte möglich. Der Begriff »höfische Öffentlichkeit« im Bericht an den Bundespräsidenten ist aufschlussreich, denn er beleuchtet die Strukturen, die der Alltäglichkeit der politischen Mediatisierung zugrunde lie-

gen, und nicht bloß die Darsteller, die sich ihrer jeweils mehr oder weniger gekonnt bedienen. Von diesen Strukturen, den Bühnen, die sie bereitstellen, geht ein Inszenierungsdruck auf alle Beteiligten aus. Es geht dabei keineswegs nur um eine veränderte Qualität der Öffentlichkeit, sondern um Umschichtungen im Politischen selbst, nämlich die Aufwertung der ästhetischen Darstellungsgesetze gegenüber der Ethik der Herstellung in dessen Gesamtgefüge.

Eine kopernikanische Wende

Natürlich wissen wir alle, dass öffentliche Personen zu allen Zeiten bemüht waren, ihre Absichten oder Leistungen durch vorbedachte Darstellungskunst ins rechte Licht zu rücken oder im Strahlenglanz großer Gesten zu verbergen. Ebenso hat sich herumgesprochen, dass theatrale Selbst-Inszenierung als anthropologische Konstante gelten muss, die dem »von Natur aus künstlichen Menschen« jederzeit zu Gebote steht. Und die Rhetorik, das wirkungsbedachte öffentliche Reden, ist ja – gerade in der Demokratie – ein Herzstück des Politischen. Haben wir es also bei der gegenwärtigen Ästhetisierung des Politischen durch mediale Inszenierung in Wahrheit mit nichts Anderem zu tun als der technisch fälligen Fortschreibung uralter Gewohnheiten? Wohl kaum, denn etwas Wesentliches ist jetzt anders. Die repräsentative Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts ist nämlich Schritt für Schritt zur Mediendemokratie geworden: zur Herrschaft der medialen Kommunikationsgesetze über Öffentlichkeit und Politik. Die Regeln der medialen Politikdarstellung beherrschen und bestimmen die Vorstellungen des Publikums und führen schon bei der Herstellung Regie. Unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, der Darstellungskunst des Theaters abgeschaut, nehmen diese Regeln das Politische umfassend in Dienst.

Während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik beobachteten, damit sich die Staatsbürger eine eigene Meinung von ihr bilden, beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteure und ihre Berater das Mediensystem, um zu lernen, was sie tun und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne vorteilhafte Plätze zu erringen. Die Regeln des Mediensystems kolonisieren die Politik, beide Teilsysteme überlagern sich weitgehend. Das macht die Politik nicht nur unterhaltsamer, es verändert sie von Grund auf. Die Darstellungskunst und ihre Regeln regieren jetzt überall mit. Noch folgenreicher ist die dadurch begünstigte Veränderung im Selbstverständnis vieler Journalisten. Sie begnügen sich nicht länger mit der Rolle von Beobachtern und Mittlern, sondern mausern sich zu konkurrierenden Mitspielern im politischen Geschehen. Der Übergang ist ja ohnehin fließend zwischen ihrer eigentlichen Rolle als *gatekeeper* für eine aktiv in die Medien drängende Politik und ihrer Übernahme einer offenen Mitspielerrolle in der Politik selbst.

Die Inszenierungslogik der Massenmedien – an der Maximierung von Aufmerksamkeit orientiert – verdeckt die Logik des Politischen, die aber verstehen muss, wer sie beurteilen und seine Chancen Erfolg versprechender Einwirkung erkennen will. Die Medien wählen aus, was die Bedingungen von Personalisierung, Prominenz, Kürze, Überraschung, Konflikt, Schaden, Erfolg erfüllt und bereiten es unterhaltsam, dramatisch zugespitzt und möglichst in Bilderfolgen oder Anekdoten zu. Das Politische aber vollzieht sich nach Regeln, für die kollektive Interessen, Organisationen, Werte, Institutionen, Verhandlungsprozesse und lange Zeiträume maßgeblich sind. Politische Logik und Medienlogik passen also nicht recht zusammen. Das letzte Wort, wie das ungleiche Paar von Fall zu Fall zusammengefügt wird, haben immer die Mediengewaltigen, denn die Po-

litik muss, ob sie will oder nicht, auf die Medien-Bühne, entweder durch ihre Fremddarstellung seitens der Medien, oder durch eine vorauseilende mediale Selbstdarstellung im Glauben, dadurch das Heft halbwegs in der Hand zu behalten. Die Selbst-Mediatisierung der Politik ist ein ironisch dialektischer Vorgang, denn sie unterwirft sich den Regeln der Medien ja nur in der Hoffnung, auf diesem Wege Einfluss auf die Öffentlichkeit zu gewinnen. Oft nicht erst nach der getanen Arbeit der Herstellung des Politischen, sondern stattdessen. Was das Publikum in den Medien sieht, ist daher nicht das Politische, sondern eine auf seine Vorstellungen berechnete Darstellung.

Eine lädierte politische Öffentlichkeit

Gewiss, wir haben als Korrektiv ja noch die Qualitätszeitungen und zwar hierzulande ziemlich gute. Deren Reichweite aber ist zwischen Bildmedien und Internet geschrumpft und ihre Immunität gegen den Erfolgsdruck von deren größeren Inszenierungskünsten geschwächt. Die vorherrschende Art der medialen Inszenierung von Politik hat für die Republik vor allem zwei Folgen. Die eine ist eine gewisse Abkoppelung der inszenierten Öffentlichkeit vom tatsächlichen politischen Geschehen, die Verselbstständigung der Darstellung gegenüber der Herstellung. Sie erzeugt irreführende personalistische Vorstellungen vom Politischen und schmälert die Grundlagen der politischen Urteilsbildung beim Bürger. Die andere Folge besteht in einer Veränderung der politischen Logik selbst, einer deutlichen Marginalisierung von Parteien, Zivilgesellschaft und Parlamenten durch die jederzeit auf schnelles Reagieren angewiesenen zentralen Inszenierungsstrategen an den Schaltstellen der Macht. Die langsame Zeit der deliberativen Demokratie hat kaum noch eine

Chance gegen die Jetzt-Fixierung der schönen neuen Medienwelt. Die schnelle Umfrage, der die passende Inszenierung auf dem Fuße folgt, ersetzt den abwägenden Diskurs.

Ändern Twitter, Facebook, YouTube und die anderen sozialen Internet Formate nun nicht die Lage von Grund auf? Zweifel sind angebracht. Gewiss verfügt das Netz über ein beispielloses Potenzial für Teilhabe und Kommunikation, aber eben auch für das Gegenteil: Hierzulande sind zwei Drittel der Internetnutzer lediglich an Unterhaltung orientiert und nur ein reichliches Viertel an politischen Informationen. Selbst von diesen sind die Wenigsten aktive Kommunikatoren, die Übrigen bloß passive Konsumenten der Kommunikation der anderen. Die Ungleichheit der Kommunikationsteilhabe bleibt erhalten oder verschärft sich sogar. Statt einer Renaissance der deliberativen Politik weisen zudem weite Teile der sozialen Netze ein bedrückendes Maß an Entzivilisierung und Strategien des Zum-Schweigen-Bringens Andersdenkender auf (*shitstorm*). Auch das politische Theater verschwindet nicht, sondern erfährt lediglich eine fragwürdige Transformation, wenn an die Stelle der offenen Verständigung zwischen Personen, die sich viele von der neuen Sprachlichkeit des Netzes erhofft hatten, die symbolische Vermummung, das tarnende Rollenspiel, die Mimikry der Anonymität tritt, wie bei einem Maskenball, bei dem es um alles Mögliche geht, nur nicht um verantwortungsvolle Kommunikation. Dies sind die Gefahren der neuen Medien; Entwarnung ist also vorerst nicht in Sicht. Umso wichtiger bleiben die Wachsamkeit und der Einspruch einer lebendigen Zivilgesellschaft für die politische Debatte und als Wächter der Massenmedien, der neuen nicht weniger als der alten. Was wir tatsächlich brauchen, ist wieder mehr Streit um die großen Zukunftsfragen und weniger davon ablenkende Darstellungskunst. ■